

Wie konnte das geschehen?

85 Jahre nach dem Überfall der deutschen Wehrmacht auf Polen am 1. September 1939

Am 30. Januar 1933 wurde wohl nur in wenigen Familien so klar wie in der Bonhoeffer-Familie das Unheil vorausgesehen, das mit Hitlers Beauftragung als Reichskanzler durch Hindenburg seinen Anfang nahm. Eberhard Bethge erzählt: „Am Abend trat Rüdiger Schleicher, Dietrichs Schwager, zu Hause mit den Worten ins Zimmer: >>Das bedeutet Krieg!<<. So sagten alle Bonhoeffers, auch Dietrich.“ [Eberhard Bethge. Dietrich Bonhoeffer. Eine Biographie, München 1970, 3. Aufl., S. 305].

Im historischen Blick auf die Zeit von 1933-39 stellt sich die Frage: Wie weit wurde den Deutschen, die den demonstrativen Terror des NS-Staats an Anderen wahrgenommen oder selbst erfahren haben, bewusst, dass die Unterdrückung des eigenen Volks durch den NS-Staat früher oder später auch die Unterdrückung anderer Völker nach sich ziehen würde?

Gewaltherrschaft nach innen und die Positionierung der Kirchen

Der skrupellose Ausbau der NS-Diktatur ab 1933 mit der Zerstörung des Rechtsstaats, der Aufhebung der Gewaltenteilung, dem Verbot der anderen Parteien und Gewerkschaften, der Gleichschaltung von gesellschaftlichen Gruppen und Organisationen, der Verfolgung von Andersdenkenden und dem Ausschluss der Juden aus der ‚Volksgemeinschaft‘, ihrer Entrechtung und der Bedrohung ihrer Existenz bis zum Mord verursachte großes Leiden für Millionen von Menschen zuerst im eigenen Volk. Die Konzentration der Macht in der Hand des Diktators Adolf Hitler wurde nach dem Tod von Reichspräsident Paul Hindenburg am 2. August 1934 mit der Vereidigung der Soldaten auf seine Person komplettiert.

Die demonstrative Gewalttätigkeit des NS-Staats konnte den Zeitgenossen nicht verborgen bleiben. Die nationalsozialistische Strategie bestand darin, mit der demonstrativen gewalttätigen Schaffung von Fakten zu testen, ob mit (noch verbliebenen) Gegenkräften zu rechnen war. Falls dies nicht der Fall war, wurden die Gewaltmaßnahmen in Gesetze und bürokratischen Vollzug überführt. So wurde politischer Widerspruch in den illegalen Widerstand gedrängt. Je später, desto schwieriger wurden die Bedingungen, sich dem Druck der NS-Gewaltherrschaft zu entziehen oder ihr entgegenzuarbeiten.

Die Politik des NS-Staats gegenüber den Kirchen und der Religion zielte in der ersten Phase (1933-35) auf die Ruhigstellung der katholischen Kirche durch den Abschluss des lange vorbereiteten Reichskonkordats mit dem Heiligen Stuhl in Rom vom 20. Juli 1933. Gegen die Gleichschaltung der evangelischen Kirche mit der Ideologie und Politik des NS-Staats durch die in der evangelischen Kirche dominante Bewegung ‚Deutsche Christen‘ mit dem ‚Reichsbischof‘ Ludwig Müller und staatliche Eingriffe in kirchliche Angelegenheiten wehrte sich eine Minderheit.

Die ‚Bekennende Kirche‘, die sich mit der Erklärung der Barmer Bekenntnissynode vom 29.-31. Mai 1934 konstituierte, und hinter der in den Anfangsjahren – geschätzt – bis zu einem Viertel der evangelischen Christen in Deutschland standen, widersetzte sich der als Häresie erkannten Ideologie der ‚Deutschen Christen‘ und der von ihnen betriebenen Zerschlagung kirchlicher Strukturen. Bei der zweiten Bekenntnissynode im Oktober 1934 in Berlin-Dahlem wurden mit dem Beschluss des kirchlichen Notrechts die Konsequenzen aus dem Bekenntnis von Barmen für die kirchliche Ordnung gezogen. In der Folge wurde die ‚Bekennende Kirche‘ geschwächt durch interne Auseinandersetzungen. Die lutherischen Kirchen in Württemberg, Bayern und Hannover, die ihre kirchliche Ordnung – im Rahmen der staatlichen Gesetze - erhalten konnten, gingen ihren eigenen Weg zwischen Selbständigkeit und Anpassung an die Kirchenpolitik des NS-Staats.

In der zweiten Phase (1935-37), die durch den direkten Staatseingriff in die Kirchen durch das Reichskirchenministerium (unter Hanns Kerrl) geprägt war, wurde die ‚Bekennende Kirche‘ weiter in die Illegalität gedrängt. Zugleich wurden durch die Religionspolitik des Staats die Bestrebungen in der SS und die Agitation von Alfred Rosenberg („Der Mythos des 20. Jahrhundert“) für ein Neuheidentum mit der NS-Ideologie als Ersatzreligion und der „Verehrung“, die dem Führer „in einer Form entgegengebracht wird, wie sie allein Gott zukommt“ forciert. In der geheimen Denkschrift an Hitler vom 28. Mai 1936 wurde von der Zweiten Vorläufigen Kirchenleitung der Deutschen Evangelischen Kirche, dem Leitungsorgan der ‚Bekennenden Kirche‘, Klage erhoben nicht nur gegen die Zerstörung der kirchlichen Ordnungen und die Verhaftungen von Vertretern der ‚Bekennenden Kirche‘, sondern auch gegen die nationalsozialistische Weltanschauung mit der Entchristlichung des Volks, dem Antisemitismus und dem Führerkult und gegen den Terror der Gestapo und die Existenz von Konzentrationslagern. „Das evangelische Gewissen, das sich für Volk und Regierung mitverantwortlich weiß, wird auf das härteste belastet durch die Tatsache, dass es in Deutschland, das sich selbst als Rechtsstaat bezeichnet, immer noch Konzentrationslager gibt und dass die Maßnahmen der Geheimen Staatspolizei jeder richterlichen Nachprüfung entzogen sind.“ (Quelle: Herausgefordert. Dokumente zur Geschichte der Evangelischen Kirche in der Zeit des Nationalsozialismus, herausgegeben von Hermle, Siegfried und Thierfelder, Jörg, Stuttgart 2008, S. 340ff.).

In der dritten Phase (ab 1937) wurde die Gleichschaltung in den Kirchen der altpreußischen Union durch den Evangelischen Oberkirchenrat mit dem Präsidenten Friedrich Werner vorangetrieben. Mit der Verordnung vom 20. April 1938 wurden die Geistlichen und Kirchenbeamten zum Treueeid auf Adolf Hitler verpflichtet. Durch viele Verhaftungen setzte der Staat die Unterdrückung kirchlichen Widerspruchs fort und auch in der Kriegszeit hatten die nicht angepassten Engagierten der ‚Bekennenden Kirche‘ mit willkürlichen Beschränkungen, Einschüchterungen und Gewaltmaßnahmen zu rechnen. Dies traf auch die Verfasser der

Gebetsliturgie für einen Buß- und Bittgottesdienst der ‚Bekennenden Kirche‘ für den Frieden im Herbst 1938, als Europa durch Hitlers Androhung der Eroberung der Tschechoslowakei (Sudetenkrise) an den Rand eines Kriegs gezwungen wurde. Mehrheitlich jedoch wurde in der Evangelischen Kirche die Kriegspolitik der Hitlerregierung religiös unterstützt. Beispielhaft dafür ist ein Gebet des "Geistlichen Vertrauensrates der Deutschen Evangelischen Kirche". Am Erntedankfest 1939 wird nach der Unterwerfung Polens Gott dafür gedankt, „*daß er unsern Waffen einen schnellen Sieg gegeben hat*“ und „*dass uralter deutscher Boden zum Vaterland heimkehren durfte.*“

Der 1. September 1939 – Gewaltherrschaft nach innen wie nach außen

Mit dem Überfall der deutschen Wehrmacht auf Polen, vorbereitet durch den Nichtangriffsvertrag zwischen Deutschland und der Sowjetunion („Hitler-Stalin-Pakt“) vom 23.08.1939 mit dem geheimen Zusatzvertrag, in dem sich die beiden Diktatoren Polen als Beute aufteilten, wird die Gewaltherrschaft im eigenen Volk zugleich gegen andere Völker gewandt. Bereits am 30. Januar 1939 hatte Hitler im Reichstag die „Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa“ angekündigt für den Fall, dass es zu einem neuen Weltkrieg kommt. Am 1. September 1939 wird im Deutschen Reich eine Verhaftungswelle als Kriegssonderaktion der Gestapo gestartet. Die Kriegssonderstrafrechtsverordnung mit der Androhung der Todesstrafe für Wehrdienstverweigerung wird am 26.8.1939 im Reichsgesetzblatt veröffentlicht. Eine Regierungs-Verordnung bedroht das Abhören von ausländischen Sendern mit harten Strafen, bis zum Tod. Die Aktion T4 (Krankenmorde, ‚Euthanasie‘) wird durch ein auf den Kriegsbeginn zurückdatiertes Ermächtigungsschreiben Hitlers sanktioniert.

Wie sah Widerstand aus?

Das Spektrum des Widerstands, angefangen bei der Verweigerung der Gleichschaltung im Denken und Handeln („Widerstand“ im weiteren Sinn) bis hin zur Hilfe für Verfolgte und zur Mitwisserschaft und aktiven Beteiligung an Aktionen zur Beseitigung der Gewaltherrschaft des Nationalsozialismus („Widerstand“ im engeren Sinn) ist groß. Welche Form des Widerstands von den Einzelnen oder auch von Gruppen wahrgenommen wurde, hing von verschiedenen Faktoren ab: Dazu gehörten die aktuelle politische Konstellation, die persönliche Einstellung, die Beziehung zu Anderen und die Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung angesichts der konkreten Lebenssituation. Jede Widerstandsgeschichte hat ihre eigenen Voraussetzungen und Bedingungen.

An der Jahreswende 1942/43 verfasst Dietrich Bonhoeffer an seinem Schreibtisch im Elternhaus in der Marienburger Allee 43 ein Dokument des Widerstands und des Lebens in der Illegalität. Im Rückblick auf die nahezu zehn Jahre seit der Machtübergabe an Adolf

Hitler am 30. Januar 1933 schreibt Dietrich Bonhoeffer an seinen Freund Eberhard Bethge, seinen Schwager Hans von Dohnanyi und dessen Vorgesetzten Oberst Hans Oster:

„Die große Maskerade des Bösen hat alle ethischen Begriffe durcheinandergewirbelt.

Dass das Böse in der Gestalt des Lichts, der Wohltat, des geschichtlich Notwendigen, des sozial Gerechten erscheint, ist für den aus unserer tradierten ethischen Begriffswelt Kommenden schlechthin verwirrend; für den Christen, der aus der Bibel lebt, ist es gerade die Bestätigung der abgründigen Bosheit des Bösen ...

Wer hält stand? Allein der, dem nicht seine Vernunft, sein Prinzip, sein Gewissen, seine Freiheit, seine Tugend der letzte Maßstab ist, sondern der dies alles zu opfern bereit ist, wenn er im Glauben und in alleiniger Bindung an Gott zu gehorsamer und verantwortlicher Tat gerufen ist, der Verantwortliche, dessen Leben nichts sein will als eine Antwort auf Gottes Frage und Ruf. Wo sind diese Verantwortlichen?“ (Rechenschaft an der Wende zum Jahr 1943. Nach zehn Jahren, in: Widerstand und Ergebung, DBW 8, 19-39).

Dietrich Bonhoeffer ist einer der Zeitzeugen, die sich ihren kritischen Blick erhalten und ihre Bereitschaft zur Verantwortung im Widerstand gegen die NS-Tyrannie mit ihrem Leben bezahlt haben. Sein Denken und Handeln fordert auch uns heute heraus zur Zivilcourage im christlichen Geist – im Bündnis mit all denen, die – welcher Gesinnung und Herkunft auch immer - daran arbeiten, Böses zum Guten zu wenden, Freiheitsräume zu öffnen, Ungerechtigkeit zu überwinden, die Erde für das Leben zukünftiger Generationen zu bewahren und zu Frieden und Versöhnung beizutragen.

Gottfried Brezger, Pfr. i.R., Vorsitzender Erinnerungs- und Begegnungsstätte Bonhoeffer-Haus e.V.

Hinweis auf die Übersicht der Bundeszentrale für politische Bildung „Der Weg in den Krieg“:

<https://www.bpb.de/themen/nationalsozialismus-zweiter-weltkrieg/der-zweite-weltkrieg/203726/chronologische-uebersicht-der-zweite-weltkrieg/>